



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bericht über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete für den SPD Kreisparteitag

am 1. Juni 2007 in Lensahn

Meine Arbeit – Meine Schwerpunkte

Berichte aus Berlin, Landesgruppennewsletter

Überblick über die aktuelle Arbeit:

In Berlin und im Wahlkreis:

Schulbesuche, Kontaktschwerpunkt Jugend

Einmischen, wo es Probleme gibt

Informationsveranstaltungen und Initiativen

Nah bei den Menschen

Besuchergruppen

Pressemitteilungen

Transparenz meiner Einnahmen

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieser Rechenschaftsbericht für die letzten 2 Jahre meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete ist nur eine knappe Zusammenfassung dessen, was ich Euch regelmäßig mit meinem „Bericht aus Berlin“ (erscheint kontinuierlich seit September 2003 – alle Ausgaben sind über meine Homepage verfügbar) an Informationen zur Verfügung stelle: die Bandbreite der Themen in Berlin in den letzten zwei Jahren, die Gesetzesvorhaben und Diskussionsprozesse, mein Wirken im Wahlkreis, meine Zusammenarbeit mit Verbänden und Institutionen, meine Kontakte zu verschiedenen Zielgruppen, Bürgerinnen und Bürgern – über all das lege ich regelmäßig Rechenschaft ab, weil ich glaube, dass nur über diese Transparenz von politischer Arbeit Glaubwürdigkeit und Akzeptanz bei den Bürgern erreicht werden kann: im Mai 2005 erschien Heft Nr. 17 meines „**Berichtes aus Berlin**“, im Mai 2007 erscheint die 29. Ausgabe, die hoffentlich wieder viele interessierte Leser findet. Viele Menschen inner- und außerhalb unserer Partei erhalten diese Information über unseren Email-Verteiler online, einige Ortsvereine und AG-60+-Gruppen erhalten den „Bericht aus Berlin“ kartonweise druckfrisch aus meinem Büro und verteilen ihn als Service an ihre Mitglieder in Papierform – ein Service für politisch Interessierte, für den ich gerne werbe. Zusätzlich bringt unsere **SPD-Landesgruppe** für Schleswig-Holstein seit 2006 viermal jährlich einen **eigenen Newsletter** heraus (letzte Ausgabe aus März 2007), der ebenfalls per Mail oder in Papierform über mein Büro zu beziehen ist. Ruft uns an, wenn Ihr künftig Eure „Sympathisanten vor Ort“ mit diesen Infoblättern in Papierform bedienen wollt, gerade ältere Mitbürger sind für diese kostenlose Information sehr dankbar!

Ich verweise darum in Ergänzung zu dieser Zusammenfassung der Schwerpunkte meiner Arbeit ausdrücklich auf meine „Berichte aus Berlin“ der letzten 2 Jahre – die letzten Ausgaben liegen auf diesem Parteitag wie üblich „als Leseprobe“ aus.

Es ist zwar schon lange her, gehört aber in den Berichtszeitraum der letzten 2 Jahre: die vorgezogene **Bundestagswahl am 18. September 2005**. Das Ergebnis im Wahlkreis 9 lag mit 44,6 % bei den Erststimmen deutlich über dem Bundesdurchschnitt, es war ein grandioser Erfolg, dass wir gemeinsam im einzigen komplett ländlich strukturierten Flächenwahlkreis in Schleswig-Holstein mein Direktmandat für die SPD verteidigen konnten! Ich möchte mich noch einmal bei allen Ortsvereinen für die hervorragende Unterstützung bedanken – das war eine große Kraftanstrengung! Trotz des Verlustes der Direktmandate im Landtagswahlkampf, trotz vieler konservativer Bürgermeister und der Wiederwahl von Landrat Sager 2006 haben wir dem damals so siegesgewissen CDU-Kandidaten Gädechens bewiesen: Ostholstein ist zwar

konservativ strukturiert, aber NICHT zwangsläufig CDU-Region! Es ist ein starker Hoffnungsschimmer für die SPD in Ostholstein zur 2008 anstehenden Kommunalwahl, dass wir 2005 erneut gemeinsam gezeigt haben: wir können als Sozialdemokraten sehr wohl Wahlen in Ostholstein gewinnen!

Seit Beginn der 16. Legislaturperiode haben sich meine Aufgabenschwerpunkte im Deutschen Bundestag geändert. Ich bin weiterhin Mitglied des Haushaltsausschusses – allerdings jetzt nicht mehr als Hauptberichterstatte(r)in für das Bundesfamilienministerium mit Renate Schmidt sondern für das Bundesinnenministerium mit Wolfgang Schäuble – ein krasser Wechsel, nicht nur in den zu bearbeitenden Themen. Allerdings beinhaltet dieser Wechsel für mich die Zuständigkeit für viele zentrale Themen im Haushaltsausschuss, die in der großen Koalition teils sehr konfliktr(ä)chtig sind. Dazu zählen das Beamtenrecht, die Pensionslasten, Einsparungen im öffentlichen Dienst (Begrenzung von Frühpensionierung und Altersteilzeit), die innere Sicherheit mit Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesverfassungsschutz samt der Anti-Terror-Gesetzgebung, der Katastrophenschutz mit dem Technischen Hilfswerk und anderen Verbänden, die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes mit den Sprach- und Integrationskursen sowie dem interreligiösen Dialog, die Minderheiten in Deutschland (z.B. die Friesen und die dänische Minderheit!), die Bundeszentrale für politische Bildung und Anstrengungen gegen Rechtsextremismus und – last but not least – der Sport mit der Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft und – aktuell – der wirksamen Bekämpfung des Dopings. Wegen dieser Funktion bin ich neu Mitglied im Vertrauensgremium, im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung sowie stellv. Mitglied im Innenausschuss. Diese Schlüsselstellung im Haushaltsausschuss konnte ich zugunsten Schleswig-Holsteins bei wichtigen Haushaltsverbesserungen z.B. für die Bereitschaftspolizei in Eutin, die Ortsgruppen und Jugendarbeit des THW und die dänischen und friesischen Minderheiten nutzen, vor allem aber für den Erhalt wichtiger Bundespolizeistandorte (z.B. in Neustadt) bei der Bundespolizeireform im April 2007. Ich bin weiter Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss und dort zuständig für das Familien- und Gesundheitsministerium sowie stellv. Mitglied im Tourismusausschuss. Als neue Funktion habe ich das Amt der stellvertretenden Sprecherin der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion übernommen.

„Gläserne Abgeordnete“- Stichwort Diäten und Nebeneinkünfte: Transparenz bei meinen Einnahmen ist für mich als Abgeordnete von Anfang an selbstverständlich gewesen: erstmals Anfang 2005 veröffentlichte ich meine **Einnahmen und steuerlich wirksamen Ausgaben** von 2003, seitdem habe ich das jährlich wiederholt – zuletzt legte ich im März 2007 meinen Steuerbescheid von 2005 offen (siehe Anlage).

Schwerpunkte meiner Arbeit in der SPD-Fraktion in Berlin

Die **Große Koalition in Berlin** arbeitet – das kann man inzwischen sagen – relativ normal zusammen. Allerdings war das für mich – wie für die meisten SPD-Mitglieder – ein schwieriger Lern- und Gewöhnungsprozess mit einem neuen Koalitionspartner, der jahrzehntelang als „politischer Gegner“ galt und wahrlich nicht Wunschpartner war. Aber die Wählerinnen und Wähler erwarten zu Recht, dass ihr Votum vom September 2005 umgesetzt wird – wer das nicht will, handelt weder professionell noch demokratisch. In vielen Politikbereichen ist es gelungen, sozialdemokratische Positionen durchzusetzen, in anderen haben wir Not gedungen teils schmerzhaft Kompromisse hinnehmen müssen.

Zurzeit erleben wir endlich enorme **Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit**, die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt** mit allen Vorteilen für unsere sozialen Sicherungssysteme, die **Steuerquellen sprudeln in Bund und Ländern, aber vor allem in den Kommunen**. Diese für die Menschen spürbaren Erfolge, auf die wir Sozialdemokraten so lange vergeblich gewartet haben, sind vorrangig auf die unpopulären Reformen der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder zurückzuführen – eine späte Genugtuung! Die Große Koalition setzt den 2002 begonnenen Kurs vor allem konsequent fort, was für CDU/CSU-Abgeordnete besonders schwer den eigenen Mitgliedern zu erklären ist. Der Anteil der Großen Koalition am Aufschwung besteht vor allem in: Psychologie. Viele haben in den letzten Jahren „den Gürtel enger geschnallt“ – so auch die Arbeitnehmer mit den Gewerkschaften mit sehr zurückhaltenden Tarifrunden – und ihre „Vorleistung“ als eigenen Anteil an dem Konsolidierungskurs erbracht. Zu Recht fordern sie jetzt ihre Teilhabe am stabilen Aufschwung – der Tarifabschluss von 4,1 % Plus in der Metall- und Elektrotechnikbranche ist ein klarer Erfolg. Da mögliche Rentenerhöhungen gesetzlich unmittelbar an die Lohnentwicklung in unserem Land gekoppelt sind, liegt in solchen Tarifabschlüssen auch die Hoffnung für die ältere Generation, dass die Renten nach der Stagnation der Vorjahre und minimaler Erhöhung in diesem Jahr (die allerdings ein Plus von 1,2 Milliarden Euro insgesamt ausmacht!) künftig wieder steigen.

So wenig wie in den vergangenen Jahren allerdings das „Deutschland-steht-am-Abgrund“-Gerede angemessen war, genau so wäre jetzt grenzenlose Euphorie fehl am Platze. Die Arbeitslosigkeit ist immer noch sehr hoch, die Staatsschulden steigen weiter – nur eben zur Zeit nicht so stark – und die **Auswirkungen des demografischen Wandels** stehen uns fast allen noch bevor.

Die schrittweise **Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ab 2029** war ebenso unpopulär wie unabweisbar notwendig: während 1960 die durchschnittliche Rentenbezugsdauer noch 9,9 Jahre betrug, waren es 2004 schon 16,9 Jahre, d.h. durchschnittlich 7 Jahre zusätzlicher Leistungsbezug für jeden, 7 Jahre erfüllte Lebensqualität nach einem Arbeitsleben mit deutlich weniger Wochenarbeitszeit als damals. Heute werden bereits 34 Cent jedes

ausgezählten Renten-Euros aus Steuereinnahmen anstatt aus Rentenbeiträgen bezahlt. 1973 betrug der Steuerzuschuss zur Rente noch 13,1 % der Bundesausgaben, heute ist der Rentenzuschuss mit 31 % der größte Ausgabenblock im Bundeshaushalt – eine Entwicklung, die so nicht weitergehen darf! Allerdings funktioniert die Reform nur, wenn es auch (menschenwürdige!) Arbeitsplätze für Ältere gibt – dafür setzt die SPD sich ein! Vorruhestand und Altersteilzeit sind keine Zukunftsmodelle – wir brauchen das Know-How und die Erfahrung der Älteren, wir wollen aktive Teilhabe an Arbeitsmarkt und Gesellschaft.

Die lange umstrittene **Gesundheitsreform** (der ich wegen der finanziellen Unterdeckung im 2stelligen Milliardenbereich NICHT zugestimmt habe) ist ein weiterer unpopulärer wie bitter notwendiger Teil der Reformen bedingt durch unsere älter werdende Gesellschaft. Die **Reform der Pflegeversicherung** steht uns noch bevor, für sie gilt aber auch: unabwendbar - weil schon heute chronisch unterfinanziert – und gleichzeitig bitter nötig, um insbesondere den ambulanten Pflegebereich gegenüber dem stationären zu stärken und kostenintensive - aber qualitativ wichtige Spezialpflege (z.B. für Demenzkranke) - zu erfassen. Auch hier zeichnet sich in der Großen Koalition mit ihrer grundsätzlich unterschiedlichen politischen Auffassung (Kopfpauschale versus Bürgerversicherung) zur solidarischen Absicherung von Lebensrisiken erheblicher Konfliktstoff ab. „Der große Wurf“ wird es insofern vermutlich wieder nicht werden – aber wenn denn wenigstens der Konsens für einen Schritt in die richtige Richtung reicht, so werden wir diesen Schritt dringend machen müssen.

Jedes Jahr absolviere ich übrigens ein eintägiges **Praktikum in einer Alten- und Pflegeeinrichtung in meinem Wahlkreis**: zum 4. Mal tat ich dies im September 2006 in der Pflegeeinrichtung „Grömitzer Höhe“ sowie beim ambulanten Pflegedienst in Neustadt, um den Pflegealltag in einem Heim, aber auch im „Betreuten Wohnen“ und bei einem ambulanten Pflegedienst näher kennen lernen. Ausgewählt werden diese Einrichtungen häufig über den Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa). So war ich auch schon in Einrichtungen in Ahrensböök und Schönwalde sowie in Bad Malente, wo ich ein neuartiges Versorgungskonzept für Demenzkranke kennenlernte. Solche Praktika helfen mir manchmal mehr, um die drängenden Probleme zu erfassen, als das Studium von Aktenbergen!

Die **Familien- und Bildungspolitik** ist Herzstück bei diesen Reformen und der Baustein, der die Zukunft sichern soll – ich bedauere es immer noch, dass die SPD diese beiden wichtigen Ministerien in Berlin 2005 nicht besetzt hat. Im Ergebnis setzt die Große Koalition die erfolgreiche Familienpolitik, die Renate Schmidt seit 2002 begründet hat, nahtlos fort. Mit Frau von der Leyen wurde zwar **das Elterngeld** eingeführt – aber es stand im Wahlprogramm der SPD und nicht in dem der CDU/CSU. Der wichtigste Schritt aber ist der **qualitative und quantitative Ausbau der Kinderbetreuung vom 1. Lebensjahr an**, dessen Finanzierung von Ländern und Kommunen mit kräftiger Bundesunterstützung zu bewerkstelligen sein wird. Rot-Grün hat allerdings mit dem **Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) bereits ab 1.1.2005** ein Gesetz in Kraft gesetzt, das die Kommunen bis 2010 verpflichtet die Betreuungsplätze für 1 – 3

Jährige schrittweise fast zu verfünffachen (von 60.000 Plätzen 2004 auf 290.000 2010), und der Bund hat das dafür notwendige Geld (1,5 Mrd. Euro pro Jahr) bereits über die Länder an die Kommunen gesetzlich verpflichtend bereit gestellt. **Von diesen 230.000 zusätzlichen Plätzen bis 2010 waren Anfang 2007 nach zwei Jahren erst 21.000 bundesweit geschaffen** – d.h. 10mal soviel Krippenplätze (wie bisher seit 2005 zusätzlich in den Kommunen geschaffen wurden) müssen in Städten und Gemeinden noch bis 2010 entstehen ... **vom Bund „bezahlt“ sind sie schon!** Während Frau von der Leyen jetzt also statt 290.000 Plätze bis 2010 750.000 Plätze bis 2013 will (ein gutes Ziel, wofür der Bund dann ab 2010 natürlich extra Geld bereitstellen muss!), wären die meisten Eltern in Ostholstein sicher vor allem glücklich, wenn die bereits gesetzlich fixierten und finanzierten gut 200.000 Krippenplätze bundesweit **tatsächlich geschaffen** werden würden (immerhin eine Verdreifachung der jetzigen Platzzahl!). Ein wichtiger Hintergrund für Euren Kommunalwahlkampf – hier stehen die Kommunen in der Pflicht und dieses Thema bewegt die jungen Eltern und Paare wie kein anderes! Als Sozialdemokraten wollen wir vor allem den Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem 1. Lebensjahr ab 2010 durchsetzen und schrittweise die Beitragsfreiheit in Krippen und Kindergärten erreichen, vor allem für die Familien, die sich diese Betreuung sonst „nicht leisten“ und für deren Kinder diese Förderung deshalb besonders wichtig ist. Mehr Qualität bei der Betreuung der Kinder im Vorschulalter ist der Schlüssel für frühkindliche Bildung und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sie darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

Schwerpunkte meiner Arbeit für Ostholstein waren in den letzten 2 Jahren ...

- 1. Das 4-Mrd.-Euro-Ganztagsbetreuungsprogramm des Bundes:** Seit Mai 2005 habe ich 30 Schulen in Ostholstein und Nordstormarn besucht, vor allem um bei Schulträgern, Rektoren und Jugendpflegern für die offene Ganztagsbetreuung zu werben. Der Erfolg ist enorm: Mein Wahlkreis ist in Schleswig-Holstein Spitzenreiter bei der Zahl der anerkannten Ganztagschulprojekte. Ostholstein und Nordstormarn sind mit 23 Standorten und 9,3% der Gesamtzuschüsse die Gewinner und wurden überproportional gefördert. Damit wurden Investitionen von knapp 14 Millionen Euro ausgelöst und Aufträge und Arbeitsplätze – vor allem für die regionale Bauwirtschaft – gesichert. Die Bundeszuschüsse sind damit ein pädagogisch und gleichzeitig wirtschaftlicher Segen für unsere Region.
- 2. In 15 Schulen im Wahlkreis habe ich die „Zeit für Mehr“-Uhr des Bundesbildungsministerium** als Auszeichnung für das pädagogische Ganztagskonzept und die erfolgreiche Umsetzung verliehen, häufig war der Kinderschutzbund bei diesen Konzepten der Partner: so war ich im August 2005 in der Realschule Pönitz, der GHS Süsel, der Friedrich-Hiller-Schule Schönwalde, der Joachim-Mähl-Schule und der Matthias-Claudius-Schule in Reinfeld, der GHS Ratekau, Lensahn und Timmendorfer Strand sowie in der Steinkamp-Schule Neustadt. Im Oktober 2005 besuchte ich die Albert-Mahlstedt-Schule Eutin und die Kastanienhofschule in Oldenburg. Im Dezember 2005 war ich in der Waldorfschule Lensahn und im Februar 2006 in der Gorch-Fock-Schule Heiligenhafen. Im März 2006 besuchte ich die GHS Göhl und im Februar 2007 die Ganztagschule an den Aewiesen in Bad Malente.
- 3. Schulbesuche im Rahmen des Wipo-Unterrichtes:** Auf Einladung von Lehrern und/oder Schülern gehe ich regelmäßig an Schulen, wo ich in der Regel 2 Stunden Rede und Antwort über meine Arbeit oder aktuelle Themen stehe. Diese Gespräche und Diskussionen können erheblich dazu beitragen, Vorurteile gegenüber der Politik abzubauen und Interesse für gesellschaftliche Zusammenhänge zu wecken. Zu Gast war ich im Mai 2005 in der Kreisberufsschule in Oldenburg, im Juni 2005 sowie im Juni 2006 in der Realschule Grömitz, in der Berufsschule Bad Schwartau ebenfalls im Juni 2006, im August 2006 in der Landesberufsschule Bad Malente, im September 2006 in der GHS Burg auf Fehmarn, im November 2006 im Freiherr-vom-Stein-Gymnasium in Oldenburg und im Lernzentrum Eutin, im Februar 2007 im Kreisgymnasium Neustadt sowie in der Wilhelm-Wisser-Schule Eutin.

4. Gleich dreimal besuchte ich 2006 **das Bugenhagenwerk in Timmendorfer Strand** – zuletzt mit dem Leiter des Landesarbeitsamtes Goecke, das 20 Mitarbeiter in schwieriger Situation entlassen musste und das hervorragende Angebote für lernbehinderte und lernbeeinträchtigte junge Menschen in einem Internatsbetrieb anbietet. Ich unterstütze diesen vorbildlichen Betrieb mit allen Möglichkeiten, die ich habe.

Natürlich mische ich mich ein, wo Probleme sind: Sechs Themenfelder spielten 2006 und 2007 bundespolitisch eine erhebliche Rolle, die gleichzeitig für meinen Wahlkreis von weitreichender Bedeutung sind:

1. Beim Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz habe ich monatelang erfolgreich für die Aufnahme einer so genannten „**Erdkabelpassage**“ für **110-kV-Trassen** im Norden gekämpft. Dieses Gesetz, das im Grunde nur die beschleunigte Planung von großen Verkehrsvorhaben zum Ziel hat, wurde über ein halbes Jahr vom Koalitionspartner strittig diskutiert und damit blockiert. Im Herbst 2006 konnte die SPD dann schließlich zwei wichtige Punkte für den Bereich der regenerativen Energien durchsetzen, die Schleswig-Holstein einen enormen Schub nach vorn geben werden. So ist jetzt die Umlagefähigkeit der Kosten beim Netzanschluss von Offshore-Windparks ebenso gesetzlich geregelt wie die Anerkennung von Mehrkosten durch Erdkabel im 110-kV-Netz. Allein in Schleswig-Holstein könnten davon drei geplante 110-kV-Trassen, nämlich die Trasse Göhl-Lübeck, sowie die Trassen Breklum-Flensburg und Heide-Pöschendorf, profitieren. Das Gesetz ermöglicht nämlich die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für Erdkabel auf der 110-kV-Ebene für Schleswig-Holstein, das nördliche Niedersachsen und das nördliche Mecklenburg-Vorpommern. Zu diesem Thema habe ich bereits zu 2 Podiumsdiskussionen mit bundesweit renommierten Fachleuten eingeladen (05.09.05 Oldenburg und 23.01.07 Lensahn). Im März 2006 hielt ich dazu ein Referat beim 1. Windenergietag Schleswig-Holsteins. Auch in den Wahlkreisen meiner Bundestagskollegen Dr. Wolfgang Wodarg und Prof. Jörn Thießen trat ich als Referentin zu diesem Thema auf. So war ich am 15.02.07 in Schafflund und am 22.02.07 in Brunsbüttel. Leider hält E.on noch immer an einer Freilandleitung fest.
2. Ein zweites Thema, das mich das Jahr 2006 über immer wieder beschäftigt hat, war der **Verkauf des Scandlines-Unternehmens**. Der Verkauf betrifft knapp 700 Arbeitsplätze allein auf Fehmarn. Auch hier habe ich mich engagiert und für ein Ausschreibungsverfahren eingesetzt, das deutsche Arbeitsplätze und Standorte wie Puttgarden langfristig schert. Nach vielen Gesprächen mit dem Betriebsrat konnte ich bereits im Mai 2005 einen Beschluss des Haushaltsausschusses bewirken, durch den der langfristige Erhalt deutscher

Standorte und der Arbeitsplätze bei einem Verkauf sichergestellt werden soll. Seitdem hat sich der erwartete Verkaufserlös des Unternehmens von knapp 700 Mio. Euro auf ca. 1,5 Mrd. Euro binnen nur eines Jahres mehr als verdoppelt – da liegt es auf der Hand, dass der Wert des Unternehmens in dem Maße gestiegen ist, wie die Wahrscheinlichkeit eines schnellen Baus der Fehmarn-Beltquerung gesunken ist. Die dänische Regierung – zu 50 Prozent Eigentümer von Scandlines - „mauert“ jetzt bei dem Verkauf, beim Ausschreibungsverfahren sind zwei ernsthafte Bewerber bzw. Konkurrenten (die deutsche DSR aus Rostock und der englische Bieter 3i) „übrig“ geblieben. Für die Mitarbeiter ist die jetzige „Hängepartie“ eine absolute Nervenbelastung und für das Unternehmen selbst bedeutet dies einen Investitionsstopp, der schädlich für die Wettbewerbsfähigkeit von Scandlines ist und vor allem die Konkurrenz im Ostseefährbetrieb freut. Ich engagiere mich in dieser Frage „hinter den Kulissen“ sehr und bin mittlerweile beim Betriebsrat Dauergast in Puttgarden.

3. Das dritte große Thema, das mich und viele Ostholsteiner im Jahr 2006 immer wieder in Atem gehalten hat, ist die **festе Fehmarnbelt-Querung**. Mein Standpunkt ist deutlich: Es kann nicht sein, dass der mögliche Bau der Beltquerung auf windigen und halbgaren Finanzierungsprognosen so gestaltet wird, dass Gewinne privatisiert und Verluste und Risiken zu Lasten der Steuerzahler sozialisiert werden. Genauso wichtig, wie die Klärung der soliden Finanzierung der Brücke selbst, ist für Ostholstein vor allem aber die Finanzierung und der zeitgleiche Bau der Hinterlandanbindungen. Denn ohne Ausbau der Autobahn von Heiligenhafen bis Puttgarden, ohne Elektrifizierung der Bahnstrecke Lübeck-Puttgarden und ohne 2. Fehmarnsundbrücke macht die ganze Beltquerungskonzeption keinen verkehrspolitischen Sinn. Sowohl im Haushaltsausschuss als auch als die zuständige Wahlkreisabgeordnete lege ich aber genau darauf größten Wert. Meine erheblichen Bedenken zur Finanzierbarkeit des Projektes habe ich bei einem persönlichen Gespräch im Bundesverkehrsministerium im März 2006 dem Parlamentarischen Staatssekretär Achim Grossmann dargelegt. Auch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück habe ich mehrfach angeschrieben bzw. im Haushaltsausschuss auf die unsolide Finanzierung angesprochen. Der Koalitionsvertrag sieht das Verkehrsprojekt zwar als Referenzstrecke für ein internationales Projekt Öffentlich-Privater-Partnerschaft (ÖPP) vor, kritisch jedoch wurde schon in der Vergangenheit gesehen, ob das vorgeschlagene Finanzierungskonzept überhaupt die Kriterien eines ÖPP-Projekts erfüllt. Genau diese Frage prüft seit Mai 2007 der Bundesrechnungshof – noch vor der Sommerpause 2007 wird mit einem Ergebnis gerechnet. Im Februar gelang es mir, dieses Thema auf die Tagesordnung der „Küstengang“ der SPD zu setzen die Betriebsräte von Scandlines waren dabei meine Gäste. Die SPD-Küstengang erwartet, dass die Brücke als „echtes ÖPP-Projekt mit fairer Risikoverteilung zwischen Staat und Wirtschaft geprüft“ wird und die

Hinterlandverbindungen „nach den Kriterien des Bundesverkehrswegeplans bewertet und priorisiert“ werden - dazu gehört auch eine kritische Bedarfsprüfung, die vor allem das Verkehrsmengenrisiko beinhaltet. Die Scandlines Betriebsräte waren mit diesem Votum voll zufrieden.

4. Ende 2006 wurde bekannt, dass das **Institut für ökologischen Landbau Trenthorst** mit rund 80 Arbeitsplätzen auf der Streichliste des Bundeslandwirtschaftsministeriums unter Horst Seehofer steht. Gemeinsam kämpfte ich mit meinen Bundestagskollegen Franz Thönnies und Jörn Thießen sowie dem Förderverein Trenthorst und Institutsmitarbeitern für den Erhalt. Mit Erfolg – das Forschungsinstitut Trenthorst in Nordstormarn bleibt als einziges Institut bundesweit entgegen ursprünglicher Pläne von Seehofer erhalten, 80 Arbeitsplätze sind gerettet!
5. Erst im April 2007 konnte ich den Mitarbeitern des **BGS-Amtes See** eine freudige Botschaft übermitteln: die **Bundespolizeireform** „schont“ alle betroffenen Standorte in Schleswig-Holstein: Bad Bramstedt bleibt mit ca. 300 Mitarbeitern als Direktion (zuständig auch für Mecklenburg-Vorpommern) erhalten, der Standort des BGS-Amtes See in Neustadt bleibt als eine von 76 Inspektionen bundesweit bestehen und wird künftig zusammen mit den zwei weiteren Küsteninspektionen in Rostock und Cuxhaven regional gesteuert. Damit bleibt die Zuständigkeit für die Küste im ganzen Norden in Schleswig-Holstein gebündelt – das ist eine frohe Botschaft insbesondere für viele Mitarbeiter in Neustadt und auch für mich, da mir die maritimen Aufgaben der Bundespolizei besonders am Herzen liegen. Glücklicherweise sind damit die ursprünglichen Pläne des Bundesinnenministeriums "vom Tisch", die Aufgabe "Küste" in einer gemeinsamen Zentrale für Sondereinheiten mit Fliegerstaffel und GSG 9 fernab des Nordens zu bündeln. Das vom damaligen Innenminister Otto Schily in Neustadt angesiedelte Aus- und Fortbildungszentrum bleibt ebenso erhalten wie der Akademiestandort der Bundespolizei in Lübeck.
6. Auf Initiative der SPD Timmendorfer Strand und ihres Vorsitzenden Kay Kastner habe ich mich für eine Neuregelung für Sportboote in der **Lübecker Bucht** stark gemacht und konnte so dazu beitragen, dass ab dem 1. Januar 2007 eine Neuregelung in Kraft gesetzt wurde, die durch Geschwindigkeitsbegrenzung für Motorboote deren Lärm reduzieren soll – ein wichtiges Anliegen von Einheimischen und Touristen. Nachdem sich die Staatssekretärin im Verkehrsministerium Karin Roth im vergangenen Juli auf meine Einladung hin vor Ort persönlich über die Problematik informiert und Gespräche mit Kommunalpolitikern und Tourismusfachleuten geführt hatte, haben wir eine entsprechende Änderung erfolgreich angeregt. Die im Sommer an der Küste gesammelten 2500 Unterschriften für einen effizienten Lärmschutz überreichte Kay Kastner mit mir in Berlin im Bundesverkehrsministerium am 2. November 2006. Seit Jahresbeginn ist nun die

Neuregelung in Kraft. Die alte 500m-Zone in der Nähe von Badestränden wurde auf eine 2km-Zone entlang der ganzen Küste der Lübecker Bucht ausgeweitet. Hier dürfen die meisten Motorboote zukünftig höchstens 8,1 Seemeilen (etwa 15km/Std.) fahren. **Speedboote** und Jetskis werden so erst in großem Abstand zum Ufer und zu den Badenden „aufdrehen“ dürfen. Durch die Neuregelung wird Sicherheit und Lärmschutz Rechnung getragen, ohne die Möglichkeit von touristisch attraktiven Veranstaltungen wie Powerbootrennen zu verhindern.

Im Haushaltsausschuss konnte ich dazu beitragen, Arbeitsplätze in der Region zu sichern: die Lübecker **Firma Dräger** erhielt im Juli 2005 durch meine Initiative und nach zwölf Monaten zähem Ringen den Zuschlag für einen 48 Millionen Euro Auftrag der Bundeswehr, wodurch die Soldaten mit modernen ABC-Schutzmasken ausgestattet werden. Der Auftrag sichert bei Dräger Arbeitsplätze von 2005 bis 2009 in erheblichem Umfang. Ich hatte Dräger vorher zweimal mit der zuständigen SPD-Haushälterin für den Verteidigungsbereich besucht und sie detailliert über den Wert des Auftrags für die Soldaten informiert.

Durch Intervention im Kanzleramt konnte ich ebenfalls 2005 für die **Firma Kuhnke** in Bad Malente eine strittige Ausfuhrgenehmigung erwirken, die dort einen schon fast verloren geglaubten Exportauftrag sicherte – auch das ist „stille“ Aufgabe einer Bundestagsabgeordneten.

Ein früherer Erfolg für die Nordregion war die Entscheidung für den **Weiterbau der A1 über Gremersdorf hinaus bis Heiligenhafen-Mitte** Anfang **September 2005**: die parlamentarische Staatssekretärin Angelika Mertens erläuterte das Vorhaben auf meine Einladung hin an Ort und Stelle - mittlerweile machen die aufwendigen Bauarbeiten für den „Trog“ in Gremersdorf Fortschritte.

Bei den Verkehrsprojekten habe ich mich insbesondere für **die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck** eingesetzt – im April 2005 fasste der Haushaltsausschuss dann die alles entscheidenden Beschlüsse zur lang ersehnten Finanzierung.

Die sogenannten „GA-Mittel“ (Bundesfördermittel für anerkannte Bund-Länder-**Gemeinschaftsaufgaben in strukturschwachen Regionen**), die ursprünglich bereits von **2005 bis 2007** nur noch Regionen in Ostdeutschland zugute kommen sollten, habe ich zusammen mit dem Haushaltsausschuss auch für strukturschwache Regionen im Westen „gerettet“, 100 Mio. Euro konnten damit allein für Westdeutschland in dieser Zeitspanne ausgegeben werden – davon profitiert auch Schleswig-Holstein und speziell Ostholstein (z.B.

bei der Förderung diverser Gewerbegebiete, Promenadenausbauten oder Seebrücken). Für den **Haushalt 2007** haben die Haushälter die GA-Mittel um insgesamt 50 Mio. Euro gestärkt.

Am Jahresanfang **2005** schockte die **Post** mit der Nachricht von vielen beabsichtigten **Filialschließungen**. Durch meinen hartnäckigen Einsatz zusammen mit den schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagskollegen konnten wenigstens die **geplanten Schließungen** für **Neukirchen, Grömitz, Kellenhusen, Dahme, Petersdorf, Sierksdorf, Pansdorf, Pönitz, Zarpen und Hamberge seinerzeit verhindert** werden. Entwarnung für den ländlichen Raum kann es allerdings nicht geben – auch die Post versucht sich weiter aus der Fläche zurück zu ziehen - die Sparkasse in Ostholstein ist gerade auf einem ähnlich unheilvollen Weg.

Ziel meiner Arbeit: Transparenz herstellen, informieren, überzeugen!

1. Die mehr als 40 **SPD-Orstvereine** in Ostholstein und Nordstormarn geben mir Rückhalt und wichtige Impulse für meine Arbeit in Berlin. Der enge Kontakt und Austausch mit den Aktiven vor Ort sind ein Sandbein meiner Arbeit. Zur **innerparteilichen Information und Diskussion** lade ich ca. dreimal pro Jahr zum „**Fraktionsvorsitzendenfrühstück**“ sonntags um 10 Uhr ins Sagauer Feuerwehrgerätehaus ein. Mein Angebot zur ungezwungenen Diskussion wird gerne angenommen, und ist mitgliederöffentlich. (Wegen der Bewirtung ist aber eine Anmeldung in meinem Eutiner Büro erforderlich.) Das letzte Treffen war am 12. November 2006, das nächste Frühstück findet am 17. Juni 2007 bei hoffentlich wieder reger Beteiligung statt.
2. Ich besuche neben den Schulen vor allem die **Rathäuser** in meinem Wahlkreis, suche das Gespräch mit den Kommunalpolitikern, mit Jugendpflegern, mit Vertretern der Tourismusbranche oder der örtlichen Wirtschaft, mit Sozialverbänden, Institutionen, Firmen, Vereinen und Verbänden.
3. Besonders wichtig sind mir **öffentliche Veranstaltungen** zu „brennenden“ politischen Themen mit Fachleuten oder „Prominenz“ aus Berlin. 2006 und 2007 habe ich mit meinem Büro 5 Veranstaltungen durchgeführt:
 - **„Familienfreundlichkeit rechnet sich“ in Neustadt am 23.03.06** mit dem bundesweit renommierten Referenten der Prognos AG Dr. Axel Seidel sowie einer Diskussionsrunde mit Bgm, Henning Reimann, dem Vizepräsidenten der IHK Lübeck Andreas Leicht, dem kaufm. Leiter Klinikum Neustadt Manfred Volmer, dem Verbandsdirektor des Zweckverbandes Ostholstein Heiko Suhren und Susanne

Bimberg als Vorsitzende des Kinderschutzbundes Ostholstein – das Ziel, ein Bündnis für Familie zu gründen, wurde leider mangels Interesse aus der Region verfehlt!

- **„Sozial bleiben!“ in Oldenburg am 24.08.06** mit dem Kieler Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Peter Bartels
- **„Welche Chancen bietet das neue Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz für Erdkabel statt Freileitung?“ in Lensahn am 23.01.2007** mit dem Vizepräsidenten des Bundesverbandes Windenergie Hermann Albers, der Rechtsanwältin Dr. Ursula Prall vom Büro Kuhbier und dem Geschäftsführer der GEO mbH Dipl. Ing. Marten Jensen, sowie mit unserer Landtagsabgeordneten Regina Poersch,
- **„Ganztagsbetreuung - auf dem Vormarsch – Schule im Aufbruch“ in Neustadt am 14.03.07** mit Vertretern von Schulen, dem Kinderschutzbund und weiteren Aktiven im Ganztagsschulbereich von Burg bis Reinfeld
- **„Afghanistan – Ziviler Wiederaufbau in einem Konfliktland. Hintergründe und Ausblicke“ im Eutiner Schloss am 02.04.07** mit dem Teamleiter des Kabuler Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit Hans-Hermann Dube, meinem Bundestagskollegen aus dem Verteidigungsausschuss Jörn Thießen und in Anwesenheit unseres Innenministers und SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner

- **2007 plane ich weitere Veranstaltungen zur Gesundheitsreform im August und zur gesetzlichen Regelung von Patientenverfügungen, wozu ich gerade eine Bürgerbefragung in meinem Wahlkreis gestartet habe.**

Im **Wahlkampfsummer 2005** führte ich **10 Veranstaltungen** durch, die ich hier zur Vollständigkeit aufzählen möchte:

- „Bürgerversicherung statt Kopfpauschale“ mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung **Franz Thönnies** am 02.08.05
- „Vorfahrt für Kinder und Familien“ mit der damaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend **Renate Schmidt** in Scharbeutz am 15.08.05
- „Wege aus der Arbeitslosigkeit“ mit dem schleswig-holsteinischen Minister für Justiz, Arbeit und Europa **Uwe Döring** in Neustadt am 16.08.05
- „Regenerative Energien“ mit dem Energieexperten **Dr. Hermann Scheer** in Stockelsdorf am 18.08.05
- „Abschaffung von Wehrpflicht und Zivildienst?“ mit dem Bundestagsabgeordneten **Dr. Hans-Peter Bartels** in Ahrensböök am 25.08.05
- „Chancen für Erfolge – die Bildungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion“ der damaligen Bundesministerin für Bildung und Forschung **Edelgard Bulmahn** in Lensahn am 26.08.05
- „Alter hat Zukunft“ mit der parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend **Christel Riemann-Hanewinckel**

- „110 KV-Trasse von Göhl nach Lübeck im Streit!“ mit dem **Bundesverband für Windenergie** am 05.09.05 in Oldenburg
- „Wir wollen einen leistungsfähigen Staat“ mit **Ralf Stegner** in Eutin am 07.09.06
- „Vorfahrt für Bildung und Betreuung“ mit der schleswig-holsteinischen Ministerin für Bildung und Frauen der stellv. Ministerpräsidentin **Ute Erdsieck-Rave** am 13.09.05 in Reinfeld

4. Seit 2005 habe ich ca. **165 Presseerklärungen** abgegeben, die alle auf meiner Homepage (www.bettina-hagedorn.de) abrufbar sind. Aktive Pressearbeit halte ich für besonders wichtig, damit die Menschen nicht erst in den Wochen und Monaten vor der nächsten Wahl registrieren, wofür ich mich als Sozialdemokratin engagiere.

5. Zusätzlich zu meinem „**Bericht aus Berlin**“ erarbeite ich **Informationsblätter** zu komplexen Themen, bei denen eine verständliche Darstellung selbst den Umfang des „Berichts aus Berlin“ sprengen würde. Wie der Bericht aus Berlin selbst, werden diese Informationen per Mail oder als Kopie verteilt. Seit 2005 sind folgende Informationsblätter erschienen:

- Zusätzlicher Beitragssatz ab 1. Juli 2005 (Gesundheitsreform) aus 07/2005
- Längere Beitragszahldauer von Arbeitslosengeld I bis zum 31.01.08 aus 07/2005
- Bewertung des Koalitionsvertrages aus 12/2005
- Fakten und Argumente zum Koalitionsvertrag aus 12/2005
- Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz aus 03/2006
- Co²-Gebäudesanierungsprogramm aus 04/2006
- Elterngeld aus 07/2006
- Politische Bewertung der Gesundheitsreform aus 01/2007

Meine jüngste Initiative ist einer **Bürgerbefragung zur gesetzlichen Regelung der Patientenverfügungen** gewidmet – in den letzten Wochen hat mein Büro über 500 Exemplare mit Kopien der Parlamentsdebatte im Wahlkreis versandt und ich hoffe sehr auf viele Antworten und Rückmeldungen zu diesem Thema.

Eine aktuelle **Homepage** gewinnt in der politischen Arbeit immer stärker an Wert – jeden Monat informieren sich auf diesem Wege mehrere Hundert Bürger über meine Arbeit – die Homepage zu pflegen erfordert einen erheblichen personellen Aufwand.

Getreu meinem Wahlkampfmotto 2005 „Nah bei den Menschen!“:

1. Ich suche den Kontakt insbesondere zu jungen Menschen, um über unsere politischen Ziele zu informieren, „Schwellenängste“ gegenüber Abgeordneten abzubauen und Interesse an politischen Inhalten zu wecken. Mein Berliner Büro unterstützt Besuchergruppen bei dem Besuch des Reichstages, mit denen ich dann stets Gespräche führe. Im Jahr **2005** organisierte ich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für **1475 politisch Interessierte aus Ostholstein und Nordstormarn einen Besuch im Bundestag. Im Jahr 2006** waren es **1390 Besucher**, davon **895 Schülerinnen und Schüler**. Auch zu Beginn 2007 gab es bereits einen Besucheransturm. Im Januar und Februar waren ca. 270 Schülerinnen und Schüler zu Besuch im Reichstag. Allein im März kamen 270 Jugendliche aus Eutin, Bad Malente, Neustadt, Pönitz, Burg und Hutfeld. Damit belegen die **Ostholsteiner als Berlinbesucher den Spitzenplatz in der schleswig-holsteinischen Landesgruppe**.
2. Eine besondere Besuchergruppe am 1. März 2007 in Berlin von angehenden Offizieren aus der **Eutiner Rettberg-Kaserne** bewies die enge Verbundenheit mit den Angehörigen der Bundeswehr: dass ich die Eutiner Soldaten im Auslandseinsatz sowohl 2004 im Kosovo und in Bosnien wie auch 2006 für **5 Tage in Afghanistan im Feldlager** besucht habe, hat bei Soldaten wie bei Familienangehörigen für viel Respekt und Sympathie gesorgt. Für mich sind diese Besuche im Einsatzland angesichts der Parlamentsentscheidung für gefährliche Auslandseinsätze, für die ich die Hand gehoben habe, eine selbstverständliche Pflicht, an der ich festhalten werde.
3. Außerdem lade ich jedes Jahr 150 Besucher aus Ostholstein und Nordstormarn zu den **dreitägigen Besuchergruppenreisen** ein. Ich halte auch stets Plätze für die Jusos und andere junge Menschen bereit, die sich ehrenamtlich betätigen. Außerdem sind oft verdiente KommunalpolitikerInnen dabei oder Ehrenamtler aus Vereinen und Verbänden wie der AWO, dem Kinderschutzbund, der AG 60 Plus, dem Schwerhörigenverband oder anderen. Bei der Vergabe der Plätze achten wir nicht nur auf einen „Generationen-Mix“, sondern auch auf eine faire regionale Verteilung von Fehmarn bis Reinfeld.
4. Zusätzlich nutze ich alle Gelegenheiten, um **interessierte Zielgruppen** für Veranstaltungen oder Praktika nach Berlin einzuladen. Beispiele sind die mehrtägigen Praktika von sechs **Wirtschaftsjunioren** aus dem Wahlkreis gewesen. Diverse **Betriebsrätekonferenzen** wurden stets aus Ostholstein gut besucht. Der „**Ladies Day**“ im März mit selbstständigen Frauen (bzw. Führungskräften) findet jedes Jahr ebenso reges Interesse wie „**Jugend im Parlament**“, ein **Seminar für Schülerredakteure**, oder der **Girls' Day**.

5. **Ausbildung und Förderung von jungen Menschen:** Ich bilde seit dem Sommer 2004 selbst aus: Nadine Becker, 24 Jahre, Mutter des dreijährigen Lukas, lernt in meinem Berliner Büro den Beruf der **Kauffrau für Bürokommunikation** und wird im Sommer ihre Abschlussprüfung absolvieren. Ich übernehme sie - auf eigenen Wunsch - halbtags. Zum Sommer will ich den Ausbildungsplatz neu besetzen – am liebsten mit einem/r Bewerber/Bewerberin aus dem Wahlkreis. Anfangs waren wir nur 16 Bundestagsabgeordnete, die ausbilden – jetzt sind es immerhin 33 – bei über 600 Abgeordneten immer noch beschämend wenig!!! Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein hat übrigens insgesamt drei Auszubildende und ist damit einsame Spitze im Bundestag!!!
6. **Schüler und Studenten** bewerben sich in großer Zahl um **mehrwöchige Praktika** in den Büros von Bundestagsabgeordneten. Überwiegend gebe ich diese Chance jungen Menschen aus meinem Wahlkreis. Bisher haben zwölf junge Leute ein meist sechs- bis achtwöchiges Praktikum in meinem Berliner Büro absolviert.
7. Ich unterstütze **junge Menschen im Ehrenamt**. Ich besuche zum Beispiel Jugendtreffs oder Jugendbeiräte sowie Verbände, wie das THW, um bei persönlichen Begegnungen die Jugendlichen in Ihrem freiwilligen Engagement zu unterstützen und zu ermutigen. Besonders unterstütze ich bereits seit vielen Jahren die Initiative „Schüler helfen Leben“ - nicht nur an ihrem Sozialen Tag, der stets im Juni stattfindet.
8. Seit 2002 bin ich **Patin des Parlamentarischen-Partnerschafts-Programms**. Vor mehr als 20 Jahren wurde mit dem Parlamentarischen-Partnerschafts-Programm ein deutsch-amerikanisches Austauschprogramm ins Leben gerufen, durch das jedes Jahr 350 Jugendliche aus allen Wahlkreisen in Deutschland die **Chance auf ein einjährigen Aufenthalt in Amerika** erhalten, der durch den Deutschen Bundestag finanziert wird. Bisher konnte ich fünf Jugendlichen aus Ostholstein den einjährigen Aufenthalt in Amerika ermöglichen: Sarah Derichs aus Eutin war 2003/2004 Schülerin in Illinois, 2004 begann Miriam Niehaus aus Bad Schwartau ihren Aufenthalt in der Universitätsstadt Ithaka im Staat New York, das Programm 2005/2006 absolvierte Sarah Liefke aus Bad Schwartau. Im Jahr 2006/2007 konnten gleich zwei Stipendiaten aus meinem Wahlkreis in die USA gehen, der frisch ausgelernte KFZ-Mechaniker Tim Andresen aus Eutin und der Schüler Marcus Brandt aus Sereetz. 2007 wurde René Portier aus Röbel (Gemeinde Süsel) ausgewählt – viel Glück!
9. Seit Sommer 2006 fördere ich junge Menschen bei ihrem **freiwilligen sozialen Dienst**

im Ausland. Bisher haben zwei Jugendliche aus Ostholstein sich um meine Förderung für ihre Vorhaben beworben. Der 19jährige Nicolas Oxen aus Süssau gehört zu 20 jungen Deutschen, die von September 2006 an einen einjährigen Dienst in der Normandie leisten. Ziel dieses Dienstes soll ein aktiver Beitrag zu Frieden, Verständigung und Menschenrecht sein und wird als Zivildienst anerkannt. Ab Juli 2007 leistet der 18jährige Valentin Gube aus Lensahn seinen Zivildienst für 11 Monate in Kenia in Kilifi in dem Waisenhaus Saida kwa Moyo (Hilfe mit Herz).

Dieser Überblick gibt Euch hoffentlich einen guten Eindruck über meine Aktivitäten, Arbeitsschwerpunkte und Ziele. Mir macht die Arbeit als Bundestagsabgeordnete trotz aller Frustrationen – die natürlich auch dazu gehören – weiterhin viel Freude. Der schönste Lohn ist es, wenn die Bürgerinnen und Bürger mit meiner Arbeit auch weiterhin zufrieden sind ... und natürlich vor allem die Mitglieder in den Ortsvereinen!

Herzlichst

*Eure
Bettina*

Büro Berlin:

Tel.: 030 – 227 73832

Fax: 030 – 227 76920

e-mail: bettina.hagedorn@bundestag.de

Büro Eutin: Tel.: 04521 – 71611

Fax: 04521 – 78386

e-mail: bettina.hagedorn@wk.bundestag.de

Homepage:

www.bettina-hagedorn.de